

Protokollauszug

aus der
31. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit
und Soziales
vom 17.01.2012

öffentlich

**Top 5.1 Information über den Wohnungsmarkt der Landeshauptstadt Potsdam 2010
(Wohnungsmarktbericht 2010)
11/SVV/0878
zur Kenntnis genommen**

Herr Böttche (Bereich Wohnen) stellt den Wohnungsmarktbericht 2010 vor und gibt Erläuterungen.

Frau Müller-Preinesberger verweist auf die Aussagen auf Seite 32 des Berichts zur Belegungsbindung und macht deutlich, dass diesbezüglich Erfolg versprechende Gespräche mit der ProPotsdam, dem MIL und der ILB geführt werden. Konkretere Informationen kann sie derzeit nicht geben, sagt aber zu, den Ausschuss umgehend zu informieren, sobald die Verhandlungen abgeschlossen sind. Die nächste Information erfolgt im Ausschuss für Gesundheit und Soziales am 14.02.2012.

Herr Besancon fragt, wie viele der Wohnungen, die 2010 gebaut wurden, zum Verkauf und wie viele zur Miete vorgesehen sind.

Herr Böttche erklärt, dass diese Wohnungen als Mietwohnungen errichtet wurden.

Des Weiteren fragt Herr Besancon, wie viele der Mietwohnungen konnten mit WBS vermittelt werden.

Herr Böttche antwortet, dass ca. 50 % dieser Wohnungen über einen WBS vermittelt wurden.

Frau Dr. Lotz fragt, ob die Mietwohnungen, die nicht vermietet werden können, im privaten Besitz sind, also keine städtischen Wohnungen.

Herr Böttche erklärt, dass der überwiegende Teil der vermietbaren Wohnungen im privaten Bestand ist, aber auch ein Teil bei der GEWOBA. Dies trifft auch für die unvermietbaren Wohnungen im Bestand zu.

Frau Laabs spricht das Thema Wohnungssicherung an und fragt, warum diese erst aktiv wird, wenn der Mieter die Kündigung hat.

Herr Böttche erklärt, dass hier die Zielstellung ist, so früh wie möglich einzugreifen. Es hängt aber auch davon ab, wie schnell der einzelne Betroffene handelt.

Frau Müller-Preinesberger verweist auf die Aussagen dazu auf Seite 21 und weist darauf hin, dass nicht jeder Bürger bereit ist, rechtzeitig auf die Verwaltung zuzugehen.

Frau Schulze bittet, bei künftigen Berichten schwerpunktmäßig aufzuzählen, welche Schlussfolgerungen die Verwaltung für die eigene Arbeit zieht.

Herr Böttche merkt an, dass bei diesem Bericht bewusst darauf verzichtet wurde. Inhaltliche Fragen werden mit dem kommunalen Wohnkonzept bearbeitet.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.